

Pressekonferenz

zum Thema:

Heute die Mindestsicherung für morgen erhalten

Ihre Gesprächspartner sind:

- **Soziallandesrat Ing. Reinhold Entholzer**
- **Sozialausschuss-Vorsitzende
LAbg. Gisela Peutlberger-Naderer**
- **SPÖ-Sozialsprecher LAbg. Peter Binder**

Mittwoch, 16. März 2016, 12 Uhr

Presseclub Linz, Saal A, Landstraße 31, 1. Stock

Kontakt:

SPÖ-Landtagsklub, Pressesprecher Mag. Andreas Ortner, Tel: 0664-8299984

Konstruktive Arbeit im Unterausschuss „Mindestsicherungsgesetz“

SP-Landtagsfraktion für fakten- und evidenzbasierte Debatte unter Einbindung von ExpertInnen

Der sozialdemokratische Landtagsklub fordert im Hinblick auf die morgen beginnenden Verhandlungen zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung einen konstruktiven Zugang aller Landtagsfraktionen ein.

„Versuche, uns Abgeordnete bereits vor Beginn der Unterausschussverhandlungen vor vollendete Tatsachen zu stellen, sind bei einem Thema dieser Brisanz und Tragweite unangemessen. Wir bestehen darauf, dass Entscheidungen, welche die Ärmsten der Gesellschaft treffen, mit ganz besonderer Besonnenheit zu beraten sind. Um dies sicherzustellen, sollen in einem ersten Schritt Fachexpertinnen und Fachexperten in den Unterausschuss geladen werden, um eine fakten- und evidenzbasierte Debatte zu gewährleisten“, so die **Landtagsabgeordnete Gisela Peutlberger-Naderer**, die den Vorsitz im Unterausschuss „Mindestsicherungsgesetz“ führen wird.

Ein konkreter Einladungskreis soll, wie das bei konstruktiven und lösungsorientierten Verhandlung angemessen ist, gemeinsam mit allen Mitgliedern im Unterausschuss festgelegt werden.

Folgende Kernfragen sind im Zuge des ExpertInnen-Hearings zu analysieren:

1. Klare Darlegung der rechtsstaatlichen Perspektive sowie der gegebenen (verfassungs-)rechtlich gedeckten Handlungsspielräume (**juristische Betrachtung**).
2. Analyse der sozialen und gesellschaftlichen Folgen einer Kürzung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (**soziologische Betrachtung**).
3. Analyse der wirtschaftlichen Folgen einer Kürzung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung und Einschätzung der Auswirkungen am Arbeitsmarkt (**volkswirtschaftliche Betrachtung**).

Auf Basis dieser substantiellen Auseinandersetzung stehen für die SP-Landtagsfraktion drei wesentliche Handlungsfelder zur Debatte:

1. Stärkung der Qualifikation der BMS-BezieherInnen und Ausbau der Maßnahmen zur nachhaltigen Arbeitsmarktintegration.
2. Vereinheitlichung des Vollzugs der Bedarfsorientierten Mindestsicherung und verstärkter strategischer Austausch zwischen BMS-Behörden und AMS. Mittelfristig liegt das Ziel in einer bundesweiten Vereinheitlichung der Mindestsicherung, um einen österreichweit einheitlichen Vollzug sicherzustellen.
3. Sicherstellung der Hauptfunktion der Bedarfsorientierten Mindestsicherung im Sinne der Vermeidung von Armut und Obdachlosigkeit.

„Hilfe zur Arbeit“ für Mindestsicherungs-BezieherInnen ausbauen

„Wir stehen für Maßnahmen bereit, die dazu dienen, die Dauer des BMS-Bezugs möglichst kurz zu halten und den BezieherInnen effektiv und nachhaltig Hilfeleistungen zu bieten, um wieder am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Diese Hilfe zur Arbeit eröffnet den BMS-Bezieherinnen und BMS-Beziehern neue Chancen und ist gleichzeitig unzweifelhaft die effektivste Form, um die sozialen Netze nachhaltig zu sichern“, betont **SP-Sozialsprecher LAbg. Peter Binder**.

„Dieses Handlungspaket kann aus unserer Sicht Maßnahmen umfassen, die bereits bestehenden Angebote zum Wiedereinstieg ins Arbeitsleben ergänzen und weiter ausbauen. Eine wesentliche Zielgruppe stellen dabei jüngere BMS-BezieherInnen dar, die keine Ausbildung abgeschlossen haben und damit ein enormes Risiko tragen, dauerhaft in der Arbeits- und Perspektivlosigkeit verhaftet zu bleiben. Hier braucht es gesetzliche Anpassungen, um diesen jungen Menschen eine verbesserte Möglichkeit zur Nachholung des Pflichtschulabschlusses oder einer Lehre zu geben. Auch im Hinblick auf die Aufqualifizierung und berufliche Integration von anerkannten Flüchtlingen können Möglichkeiten zu einer noch engeren strategischen Zusammenarbeit mit dem AMS geprüft werden“, skizziert **SP-Sozialsprecher und LAbg. Peter Binder** die Zielperspektiven in Sachen einer Stärkung der Qualifizierung und Arbeitsmarkt(re-)integration.

Mindestsicherung sichert sozialen Frieden in Oberösterreich

„Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist als elementarstes soziales Sicherungsnetz ein integraler Baustein unseres Sozialwesens. Sie dient der Abdeckung der zentralen Grundbedürfnisse an Nahrung und Wohnraum, womit Hunger und Mangelernährung sowie Obdachlosigkeit in unserem Bundesland verhindert werden. Insofern sorgt die Bedarfsorientierte Mindestsicherung für Stabilität und Sicherheit im Land. Wer im Gegensatz dazu das Entstehen von Armenvierteln fördert, der verschließt wider besseren Wissens die Augen vor den Folgen sozialer Ausgrenzung und Armut. Ein Blick in die Vorstädte Frankreichs oder Belgiens würde genügen, um die dramatischen gesellschaftlichen Folgen der Schaffung sozialer Brennpunkte zu erkennen – von den budgetären Folgekosten ganz zu schweigen“, skizziert **Sozial-Landesrat Reinhold Entholzer** abschließend die sozialpolitische Brisanz der anstehenden Verhandlungen.

„Natürlich muss ein System wie die Bedarfsorientierte Mindestsicherung auch im Vollzug immer wieder evaluiert werden. Die bereits vorgenommenen oberbehördlichen Überprüfungen des BMS-Vollzugs in Oberösterreich bestätigen bereits jetzt eine sehr gute Handhabe, sodass eine generelle Verschärfung von Sanktionsmöglichkeiten aus meiner Sicht keinen akuten Handlungsbedarf darstellt. Der anstehende Unterausschuss ist jedoch sehr wohl eine Möglichkeit, um Detailfragen im Vollzug mit den Behörden zu erörtern und Maßnahmen zur Sicherung einer einheitlichen Vorgehensweise sicherzustellen“, betont der **Sozial-Landesrat** abschließend.